

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

50 (22.12.1948)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2 / Nr. 50 Mannheim, 22. Dezember 1948 Preis 15 Pfg.

Erklärung zur Krise der Bonner Spaltungspolitik

Die deutschen Beauftragten der Besatzungsmächte geraten sich in die Haare - Erklärung des Abgeordneten Reimann

Im gleichen Augenblick, als die siebenköpfige Abordnung des „Parlamentarischen Rates“ in Frankfurt von den drei westlichen Oberbefehlshabern empfangen wurden, übermittelte das Mitglied des „Parlamentarischen Rates“, Max Reimann (KPD), der von der Teilnahme an dieser Abordnung ausgeschlossen war, der deutschen Öffentlichkeit eine Erklärung über die Begleitumstände, die zur Wahl der Delegation und deren Vorgesprächen bei den Militärgouverneuren geführt haben.

In der Erklärung des Abgeordneten Reimann heißt es: „Unter Bruch einer zwischen den Fraktionen des „Parlamentarischen Rates“ getroffenen Absprache traten am 9. Dezember die Spalterfraktionen heimlich zu einer Beratung zusammen und überraschten am 10. Dezember nach Abschluß der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs den Hauptausschuß mit einer „Deklaration zum Besatzungsstatut“.

2. Ich frage den Herrn General Koenig. Sind Sie der Auffassung, daß durch ein föderatives Deutschland, durch die Herausnahme des Ruhrgebietes aus dem deutschen Wirtschaftskörper der Friede für das französische Volk gesichert ist, oder wird der Friede nicht dadurch gefährdet, daß im Westen Deutschlands den deutschen Kriegsverbrechern, den Wehrwirtschaftsführern und Naziaktivisten durch die drei westlichen Besatzungsmächte wieder zur wirtschaftlichen und somit zur politischen Macht verholfen wurde?

3. Bedeutet die Einbeziehung der Westsektoren Berlins in den westdeutschen Staat nicht einen neuen Bruch des Potsdamer Abkommens, die Zerreißen dieser Stadt und die Preisgabe Berlins als Hauptstadt Deutschlands?

4. Glauben die Herren Militärgouverneure, daß durch die zur Zeit betriebenen Demontagen, durch die Entnahme wichtiger Produktionsmittel und Güter aus Westdeutschland, durch die Beschlagnahme der Patente, durch die Beschlagnahme des Goldes die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands erfolgen kann, und daß das Besatzungsstatut eine solche wirtschaftliche Gesundung herbeiführt?

Kein Bruch - nur ein Zerwürfnis!

Max Reimann: Die gesamte Delegation befand sich im Schlepptau Dr. Adenauers

Der Streit zwischen der CDU- und SPD-Fraktion des „Parlamentarischen Rates“ in Bonn ist ein Streit feindlicher Brüder. Es wird ihnen bange, wenn sie das Kind, das Resultat ihrer Arbeit, in Bonn zur Welt bringen müssen.

Bonn versucht, Wirklichkeit werden zu lassen. Die „Würdelosigkeit“ Dr. Adenauers gegenüber der SPD beim Frankfurter Empfang durch die Militärgouverneure wurde weit übertrieben durch die, die im Bonner „Parlamentarischen Rat“ tägliche Erscheinung war und ist.

in das Schlepptau seiner politischen Konzeption nehmen ließ. Wäre ich Mitglied dieser Delegation gewesen, so hätte ich dieses politische Manöver von vornherein zerschlagen.“ Der von Max Reimann im Hauptausschuß gestellte Antrag, Dr. Adenauer die Mißbilligung auszusprechen, wurde von der SPD-Fraktion als unzulässig zurückgewiesen.

Deutsche Arbeiter-Weihnacht

Wochen voller Hast und Jagen gehen ihrem Ende zu; Sag' Prolet! In einigen Tagen ist's soweit: Wie „Jeiera“ Du? Hast Du Deine Vorratskammer gut beschickt mit Speis' und Trank? Oder bist vor Not und Jammer Du an Leib und Seele krank?

Nein! So ist Dir nicht zumute; Deiner Hoffnung Fahnen weh'n. Aller Heuchler Festgetute kann den Sinn Dir nicht verdröh'n! O, die Pharisäer sitzen frömmelnd auf dem Piedestal,

Als dem Elend zu erlösen wir nur selber können tun!

Die Agonie der Tschiangkaischek-Diktatur

Sieg der kommunistisch-demokratischen Armee in der Sutschau-Schlacht Die Grenzen imperialistischer Macht

Die Entscheidungsschlacht auf dem zentralchinesischen Kriegsschauplatz südlich Sutschau haben die Kuomintangtruppen verloren. Die kommunistisch-demokratische Befreiungsarmee stößt weiter nach Süden vor.

in die eigene Sache hat. Der neue Ministerpräsident Sun Fo soll Vollmacht über Krieg und Frieden, soweit es das bankrotte System angeht, in die Hand bekommen haben.

entspricht nicht den Tatsachen und steht nicht zur Diskussion. Die USA haben China große Hilfe zuteil werden lassen, aber aus dem Gang der Ereignisse wurde offenbar, daß diese Hilfe nur ein Tropfen auf den heißen Stein war.

In Nordchina existiert nur noch Peking als Insel. Die im Grunde sinnlose Verteidigung Pekings dient nur noch dazu, Kräfte der kommunistisch-demokratischen Armee zu binden.

Das Ergebnis des zur Konkurrenzaufnahme in China weilenden Verwalters der Marshallplanhilfe, Paul Hoffman, ist für die USA und alle Imperialisten der Welt niederschmetternd. Die Bilanz, die er gezogen hat, ist, zu ziehen, lautet: es ist alles vergebens!

Mag man in den USA in der eigenen Not die Dinge so sehen, auch anderwärts. Die einfache Wahrheit liegt darin, daß dort, wo ein Volk mit seiner ganzen Macht aufsteht und sich der einheimischen und fremden Ausplünderer erwehrt, Schwächen und Grenzen eines untergehenden Systems, dessen Mittel Diktatur und Gewalt sind, offenbar werden läßt.

Im Streiflicht gesehen

Mit Dynamit gegen Berliner Sender

Auf Befehl des französischen Militärgouverneurs, General Caneval, wurden die zwei Sendetürme des Berliner Rundfunks gesprengt. Der Deutschen Sender wurde damit vorübergehend außer Betrieb gesetzt.

Die Antwort der Sowjets

Der sowjetische Militärführer hat die Räumung des am Nordstrand Berlins gelegenen Dorfes Stolpe von den Franzosen gefordert. Am vergangenen Dienstag wurde das Dorf von den sowjetischen Truppen besetzt.

Schiffahrtsstreik in Japan

In 49 japanischen Häfen streikten die Hafenarbeiter. Die Schifffahrt kam völlig zum Erliegen.

zum Erliegen. Der Streik führte durch den eintretenden Mangel an Kohle zu Einschränkungen des Eisenbahnbetriebes und der Schlüsselindustrien.

General Mac Arthur, der alliierte Oberbefehlshaber in Japan verlangt von dem Ministerpräsidenten, daß Japan „zur Stabilisierung seiner Wirtschaft gemäß dem in Washington veröffentlichten Wirtschaftsprogramm zu einer zeitweiligen Aufgabe“ einiger seiner Freiheiten bereit sein müsse.

Wohin führt Titos Weg?

Aus dem „Mannheimer Morgen“: Die schwierige Lage, in der sich Marshall Tito, der jugoslawische Regierungschef seit der Aechtung durch das Kommunform befindet, ist von Großbritannien geschickt wirtschaftlich benutzt worden.

Die USA sind wegen ihres Verhaltens in China mannigfacher Kritik ausgesetzt. Es wird ihnen vorgeworfen, den Ereignissen zu abwartend, zu schwach, nicht alles einsetzend, gegenüberzutreten. Die Kritiker handeln in der Sorge, welche große Einbuße die westliche Demokratie aus der Niederlage Chinas erleidet.

Die „Neue Zeitung“, das USA-Blatt unserer Zone, zählt die Gründe auf. Es läßt die Londoner „Times“ sprechen. Wir übernehmen das angeführte Zitat: „Die Behauptung, daß die USA China im Stich ließen,

entspricht nicht den Tatsachen und steht nicht zur Diskussion. Die USA haben China große Hilfe zuteil werden lassen, aber aus dem Gang der Ereignisse wurde offenbar, daß diese Hilfe nur ein Tropfen auf den heißen Stein war.“

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in Ludwigshafen

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in Ludwigshafen zeigen für die Chemieindustrie das Bild eines beherrschenden Einflusses der kommunistischen Gewerkschaftler. Die Einzelergebnisse sehen wie folgt aus: Fa. Raschig: 9 KPD, 3 SPD, 1 CDU; Fa. Halberg: 8 KPD, 1 SPD, 4 Parteilose; Fa. Giulini: 9 SPD, 2 KPD, 1 CU, 1 Parteiloser.

Das Wahlergebnis bei der Stadtverwaltung brachte der SPD 20, der CDU 4, der KPD 3 und den Parteilosen 3 Sitze; Walzmühle: 3 KPD, 3 SPD, 1 Parteiloser.

Imperialistischer Überfall

Holland tut es Hitler gleich

„Zu Land, zu Wasser und in der Luft“ hat Holland am Sonntag-Morgen die indonesische Republik überfallen. Hitler hat 1940 das gleiche gegenüber Holland getan. Die Motive Hitlers wie heute die der holländischen Regierung unterscheiden sich in nichts voneinander.

Die holländische Regierung ist Mitglied der UN. Auf der jetzt zu Ende gegangenen Pariser Tagung der UN zählte der holländische Vertreter den Chor der Friedensheuchler. Indonesien ist eine Illustration dafür, was von den Friedensversicherungen der Staaten westlicher Observanz zu halten ist.

Die Zeitungen berichten über die Vorgänge in Indonesien in trockenem Stil. Sie machen den Chronisten, wo sie Ankläger sein sollten. Im Grunde haben sie doch ein „tiefes Verständnis“, für das was die niederländische Regierung tut. Es ist ihnen nicht unsympathisch eine imperialistische Regierung bemüht zu sehen, den alten Platz kolonialen Glanzes und Reichthums wieder zu erobern, gegen ein Volk, das mit Ende des zweiten Weltkrieges seine nationale Unabhängigkeit durchsetzte.

Der „Kulturpfennig“

ein Würgegriff gegen die Presse

Der württembergisch-badische Landtag hat uns, einer Initiative des Finanzministers Dr. Köhler nachgebend, in der vergangenen Woche eine neue Steuer beschert. Das Wort „Kulturpfennig“, mit dem sie belegt ist, klingt harmlos und läßt die Willkür und politische Tragweite, die ihr anhaftet, nicht ohne weiteres vermuten.

Es gehört heute zur Finanzpraxis der Regierungen, Steuern nur so aus den Aermeln zu schüttelein. Bei der erstbesten Schwierigkeit, die auftaucht, überlegt der Verantwortliche, in dem Fall der Finanzminister, wie es die gauleitenden Finanzgenies von Fürsten in der Vergangenheit getan haben, auf welchem Wege dem Volk wieder etwas abgezockt werden kann.

Es ist erst wenige Tage her, daß wir bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Pressefreiheit erleben mußten, wie der Versuch unternommen wurde, diese Freiheit zu reglementieren.

Die Pressefreiheit erleben mußten, wie der Versuch unternommen wurde, diese Freiheit zu reglementieren. Mit dem „Kulturpfennig“ ist ein neuer Angriff auf sie erfolgt, dessen Auswirkungen garnicht überschätzt werden können.

Es ist erst wenige Tage her, daß wir bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Pressefreiheit erleben mußten, wie der Versuch unternommen wurde, diese Freiheit zu reglementieren.

Damals wie heute!

Die (Relehs)bahn

Im Stellwerk wachen in der Nacht - Marsch-Marsch zehn Stunden Dienst gemacht!

Hingegen: Verfügungen schmieren, wie die dienstlichen Mützen auf dem Proletenkopf sollen sitzen, nur die eigene Behörde kennen;

Intrigieren und organisieren - paraphrasieren und reglementieren; geht es bei Katastrophen ans Leben, sich „persönlich auf den Schauplatz begeben“;

Die Entlassungen der Eisenbahner

„Große Anfrage“ der KPD und die Antwort Die von dem Abg. Ruess im Landtag begründete „Große Anfrage“ der Kommunisten zu den Entlassungen der Eisenbahner wurde durch den Verkehrsminister Stelmayer (SPD) beantwortet.

„Ein Haus mit nur einer Säule!“ „Der amerikanische Reaktionär trägt eine schwere Last. Er muß die Reaktionen der ganzen Welt aufrechterhalten.“

Für Revision der Urteile gegen Weber und v. Dyk

Pfälzischer Journalistenverband gegen die Urteile des Ludwigsburger Militärgerichts Der Journalistenverband der Pfalz hat auf seiner Tagung in Neustadt a. d. Haardt seine Beunruhigung über die vom amerikanischen Militärgericht in Ludwigsburg gegen die Redakteure des „Volksecho“ und der „Volksstimme“, Kurt Weber und Hans v. Dyk verhängten überaus hohen Freiheitsstrafen ausgedrückt.

Einweihung der Rheinbrücke

Am vergangenen Samstag hatten die Städte Mannheim-Ludwigshafen ihr großes Ereignis. Die neue Rheinbrücke wurde dem Verkehr übergeben. Die Einweihungsfeierlichkeiten vollzogen sich auf der Mannheimer Seite der Brücke, um anschließend im Kasino der IG-Farben ihre Fortsetzung zu finden.

Die Stiefkinder der Stadt Mannheim

Städtische Arbeiter und Angestellte erhalten keine Weihnachtsgratifikation Ein Beschluß der Stadtoberhäupter

Weihnachtsgratifikationen sind in diesem Jahre nicht einfach Weihnachtsgratifikationen im alten Sinne. Das Maß des Elends, die Schröpfung durch die hohen Preise sind Tatsachen, die wohl kaum ein Mensch mehr zu bestreiten wagt.



„Ja Frau, weescht Du, daß des an Schetungsgrund is - die ganz Zeit machacht nix was Rürwe und sagscht, es gab kd Fleisch zu kaafen“ sen.

henden Schwierigkeiten. Wir müssen annehmen, daß es an diesem Willen mangelte, wenn wir uns den zweiten Grund der Ablehnung vergegenwärtigen, daß nämlich die „Arbeitsrechtliche Vereinigung“ der Stadtverwaltungen, die unter dem Vorsitz des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Klett steht, beschlossen hat, keine Gratifikationen zu zahlen, und wenn es eine Stadtverwaltung doch tun sollte, gleich dabei, ob ihre Finanzverhältnisse es gestatten, sie mit einer Konventionalstrafe zu belegen.

Die „Arbeitsrechtliche Vereinigung“ der Stadtverwaltungen spielt offenbar, wenn es sich um die Belange der Arbeiter und Angestellten dreht, die gleiche Rolle wie die Unternehmerverbände in der Privatindustrie. Die Stadtoberhäupter, die in der „Arbeitsrechtlichen Vereinigung“ zusammenhocken, haben es leicht, Forderungen, in diesem Falle die auf Weihnachtsgratifikationen, abzulehnen.

Ein Befehl und der Landtag

Umstrittene Gewerbefreiheit - Einseitigkeit ministerieller Stellungnahme - Fragwürdige Argumente

Der Entwurf eines neuen Gesetzes über die Zulassung von Gewerbebetrieben wurde dem württembergisch-badischen Landtag zum Schluß seiner Sitzung am vergangenen Freitag vorgelegt.

aufgefordert. Ein Befehl der Militärregierung vom 10. Dezember 1948 verlangte die Aufhebung des am 5. November 1948 in Kraft getretenen Gewerbegesetzes Nr. 64 bis zum 20. Dezember 1948 spätestens.

der Verfassung ausschließlich das Gesetzgebungsrecht habe und es die übereinstimmende Auffassung der Regierung gewesen sei, daß der Ministerpräsident nicht berechtigt ist, ein bestehendes Gesetz aufzuheben.

Stadtratssitzung in Pforzheim

KPD unterbreitet Vorschläge in der Wohnungsfrage

Pforzheim. (EB) Die kommunistische Stadtratsfraktion unterbreitete in der letzten Sitzung des Pforzheimer Stadtrates Vorschläge, um 2000 Räume bezugsfertig zu machen.

Fraktion, daß eine einmalige Beihilfe zur Beschaffung von Winterbedarf an die Unterstützungsberechtigten ausbezahlt wird.

Vortragsabend der KPD in der Aula der Lessingschule am Mittwoch, 29. Dezember 1948, abends 17 Uhr. Thema: „Der ostasiatische Befreiungskampf und seine Bedeutung für den Sozialismus.“ Redner: Willy Grimm.

Ministerpräsident und Wirtschaftsminister haben bei anderen Anlässen bereits entschieden Front gegen die Einführung der Gewerbefreiheit, wie sie die amerikanische Militärregierung forderte, gemacht.

Pressefreiheit mit Paragrafen-Stacheldraht

Auszug aus der Rede des kommunistischen Abgeordneten Nuding zum Pressegesetz

Die Erhöhung der Richtsätze für Unterstützungsempfänger wurde in Aussicht gestellt. Die kommunistische Fraktion hat dies immer und immer wieder gefordert, denn das, was bisher bezahlt wird, langt nicht zum Leben und nicht zum Sterben.

zösischer Militärgouverneur legte auch in langen Ausführungen Wert darauf, die Versammelten mit dem „besten“ Staatssystem für uns Deutsche, nämlich der extrem föderalistischen Zielsetzung Frankreichs vertraut zu machen.

Jugend gegen Remilitarisierungspropaganda

Der Mannheimer Jugendrat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften propagierten Remilitarisierung.

Genosse Georg Vierheller 75 Jahre alt 40jährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung Am 18. ds. Mts. wurde der Genosse Vierheller in Mannheim-Wallstadt 75 Jahre alt. Ueber 40 Jahre steht er in der sozialistischen Arbeiterbewegung und nimmt auch heute noch, trotz seines hohen Alters, am Kampf des Sozialismus in der Gegenwart teil.

Kritisch muß ich sagen, daß ich nach den Reden, insbesondere nach der des Abgeordneten Theis (CDU), ein wenig Angst bekommen habe, denn er sprach von einem Sprung ins Dunkle.

hier wurde ausgesprochen: „Nicht diejenigen sind es, die Geld haben, die in erster Linie eine Zeitung herausgeben, sondern diejenigen die eine Druckerei haben.“

in dem Prozeß (gegen die Redakteure des „Volksechos“ und der „Volksstimme“) und auch in der folgenden Aussprache zwischen einigen Vertretern meiner Partei und dem Militärgouverneur La-Follette kam zum Ausdruck, daß man eben darum kämpfe, daß in der Presse die Wahrheit verbreitet wird.

Ich will weiterfahren: Wahrheit! Sie haben alle gelesen: Die Kommunisten haben

das Geheimdokument „M“ verfaßt... alle diese Wahrheitsfanatiker der Lizenzpresse haben die Sache in größeren Lettern gedruckt, das, was angeblich mit Augenzeugen ganz bestimmt bewiesen war, brauchte man Vergrößerungsgläser, um wenigstens in einigen Zeitungen, in einer Ecke zu entdecken, daß die Behauptung nicht ganz stimmig hat.

... nun zu den Schriftleitern! Das sieht sehr harmlos im 10. hinsichtlich des „ver-

Unter der Lupe

Aus dem Karlsruher Rathaus

Ein schlechtes Geschäft war für die Stadtverwaltung die Karlsruher Weihnachtsmesse. Wer Gelegenheit hatte, im Mannheimer Rosengarten die Messe zu besuchen und einen Vergleich mit Karlsruhe anzustellen, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß man die Karlsruher Bevölkerung in einer unverschämten Weise schröpfte.

In Mannheim mußten die Aussteller pro Quadratmeter bis zu 40 Mark bezahlen, während in Karlsruhe nur 6 Mark verlangt wurden.

In Zukunft muß sich die Stadtverwaltung daran gewöhnen, den Stadtrat nicht mehr vor vollendete Tatsachen mit bereits abgeschlossenen Verträgen und Vereinbarungen zu stellen.

Demokratische Logik

Die KPD Ortsgruppe Brühl hat am Samstag, dem 4. Dezember, eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Rudolf Kohl sprechen sollte.

Genosse Ludwig Brenner gestorben

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß einer unserer ältesten Genossen, Ludwig Brenner, im Alter von 82 Jahren gestorben ist.

